Alexander
Heinemann

ÖPNV Verkehrsfachwirt

42369 Wuppertal
[redacted]

25.04.2023

Alexander Heinemann, [redacted]

Der Oberbürgermeister

28. April 2023

1. gesehen
2. an
3.

An den
Rat der Stadt Wuppertal
Johannes-Rau-Platz 1
42275 Wuppertal

Bürgerantrag gemäß § 24 Abs. 1 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit beantrage ich, dass der Rat der Stadt Wuppertal den vorhandenen Ratsbeschluss zum Ausbau der der L419 aufhebt. Bitte erwirken Sie sowohl beim Verkehrsministerium als auch bei der Bezirksregierung einen Stopp des Planfeststellungsverfahren. Mit meinem Antrag bzw. meiner Bitte beziehe ich mich auf den § 24 Abs. 1 der Gemeindeordnung NRW.

Zur Begründung:

Straßen NRW will mit dem geplanten Ausbau der L419 eine Alternative zur A46 schaffen: Zudem soll der Stadtteil Ronsdorf verkehrlich entlastet werden.

Laut den veröffentlichen Verkehrsprognosen ist mit einer Zunahme des Verkehrs zu erwarten, die sich mehr als verdoppelt. Das im Planfeststellungverfahren gesetzte Ziel einer Entlastung wird somit verfehlt.

In der geplanten Bauversion werden sowohl der ÖPNV sowie der Rad- und Fußverkehr benachteiligt. Und Fahrzeuge mit einer bauartbedingten Höchstgeschwindigkeit von unter 60 km/h werden die Ausbaustrecke nicht benutzen dürfen.

Der derzeit geplante Ausbau mit bis zu 6 Spuren ist mit einem erheblichen Flächenverbrauch verbunden. Lärmschutzwände können das Entstehen von zunehmendem Lärm und die Belastung von vermehrten Feinstaubemissionen nicht verhindern. Darüber hinaus werden sich die deutlich größeren Straßenflächen zu Hitzeinseln entwickeln. Damit diese Hitzeinseln entstehen können, werden intakte und für die Umwelt notwendige sowie wertvolle Waldflächen gerodet. Im Rahmen des Klimawandels sollte doch gerade das verhindert werden.

Mit diesem derzeit geplanten Ausbau der L419 werden Klima- und Umweltschutz ad absurdum geführt.

Erst nach dem fertiggestellten Ausbau der L419 durch Straßen NRW soll der Anschluss an die Autobahn A1 erfolgen. Die Anschlussarbeiten sollen durch den Bund erfolgen. Wann der Bund diese Arbeiten umsetzen wird ist ungewiss. Vertreter von Straßen NRW zucken bei einer entsprechenden Frage nur mit den Schultern.

Bis zu einem Anschluss an die A1 muss der zunehmende Verkehr über die mehr als 60 Jahre alte Blombachtalbrücke geführt werden. Diese Brücke verfügt über jeweils eine Fahrspur je Fahrtrichtung. In Folge dessen werden sich die Kraftfahrzeuge auf dem ausgebauten Streckenabschnitt stauen. Mit einer Entlastung hat das wohl wenig zu tun.

Alexander
Heinemann

ÖPNV Verkehrsfachwirt

42369 Wuppertal
[redacted]

Die Blombachtalbrücke war für die Belastungen, die mit dem künftig erhöhten Verkehrsaufkommen verbunden sein werden, nicht geplant. Höhere Belastungen führen zu einem schnelleren Altern der Brücke. Mit einem schnelleren Altern der Brücke sind frühzeitigere Wartungs- und Reparaturarbeiten verbunden. Wenn wie angekündigt, die Blombachtalbrücke an die Stadt Wuppertal übergeben wird, werden die Kosten für diese Wartungs- und Reparaturarbeiten zusätzlich die klamme Haushaltskasse der Stadt Wuppertal belasten.

Bereits jetzt findet man in Wuppertal viele Brücken vor, die gesperrt sind oder nur eingeschränkt benutzt werden können, weil das Geld für eine zeitnahe Reparatur fehlt. Wie sollen dann künftig die Kosten für eine solch große Brücke zusätzlich gestemmt werden?

Im Interesse der Bürger*innen dürfen der Naturschutz, der Umweltschutz und der Klimaschutz nicht zu kurz kommen.

Hoffnungsvolle Grüße aus Ronsdorf.

Alexander Heinemann

zu erreichen mit dem Bus Haltestelle "Echoer Straße" Linie 640